



**Interpellation von Anna Lustenberger-Seitz und Stefan Gisler  
betreffend Fremdsprachenunterricht an den obligatorischen Schulen  
vom 16. August 2013**

Die Kantonsratsmitglieder Anna Lustenberger-Seitz, Baar, und Stefan Gisler, Zug, haben am 16. August 2013 folgende Interpellation eingereicht:

Am 19. April 2013 hat die CVP-Fraktion ein Postulat betreffend Evaluation des Frühfranzösisch-Unterrichts eingereicht. Dies aufgrund von Unbehagen in verschiedenen Kantonen. Einige Kantone fordern sogar die Streichung des Frühfranzösisch.

Im September 2008 reichte Anna Lustenberger-Seitz eine Interpellation zur unbefriedigenden Situation betreffend Englisch-Lehrbuch Explorer für die Primarstufe ein. Dies, nachdem verschiedene Lehrpersonen mit dem besagten Buch nicht zufrieden waren und das Lehrbuch Young World forderten. In der Antwort zur Interpellation schrieb der Regierungsrat unter anderem Folgendes: „Nach zwei vollständigen Durchgängen im Englischunterricht von der 3. bis 6. Klasse wird die Lehrmittelsituation im Herbst 2010 von einer externen Stelle abschliessend evaluiert. Sollte sich daraus eine Änderung der Lehrmittelwahl ergeben, könnte diese frühestens per Schuljahr 2011/12 umgesetzt werden.“

Im Kanton Zürich wurde im Dezember 2012 in den Medien berichtet, dass die Schulgemeinden ab dem Schuljahr 2013/14 zwischen verschiedenen Lehrmitteln für den Englischunterricht selber wählen können. Aufgrund der teilweise ungenügenden Akzeptanz der aktuellen obligatorischen Lehrmittel lasse der Bildungsrat jetzt Alternativen zu.

Am 15. Juni 2013 verabschiedete der Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer (LCH) ein Positionspapier zur Umsetzung des Fremdsprachenkonzeptes und stellt darin acht Forderungen auf. Die Situation des Fremdsprachen-Unterrichtes in der ganzen Schweiz sei unbefriedigend. Die Schweiz gleiche nach wie vor einem Flickenteppich. Beginn, Dauer und Reihenfolge des Fremdsprachenunterrichts seien in der Schweiz nach wie vor sehr unterschiedlich. Der LCH habe ab dem Jahr 2004 mehrmals zur Einführung von zwei Fremdsprachen Stellung genommen und auf die zu erwartenden Umsetzungsprobleme hingewiesen. Der LCH sei nicht bereit, eine Umsetzung ohne Chance auf Erfolg mitzutragen. Lehrpersonen wollen guten Unterricht gestalten, doch dafür brauche es minimale Voraussetzungen. Sollten die gestellten Forderungen im Positionspapier bis zum Jahr 2015/16 nicht erfüllt werden, fordert der LCH die zweite Fremdsprache nach einem bestimmten Vorgehen (gemäss Beilage) als Wahlpflichtfach einzuführen.

Gemäss den Einleitungen drängen sich verschiedene Fragen auf:

1. Ist der Regierungsrat bereit, die ganze Fremdsprachenunterricht-Situation zu evaluieren und nicht nur die des Frühfranzösisch?
2. Diesen Sommer haben die ersten Schülerinnen und Schüler mit 7 Jahren Englischunterricht die obligatorische Schulzeit abgeschlossen. Kann man bereits Vergleiche zur Situation vorher machen, als Primarschülerinnen und -schüler noch kein Englisch lernten?
3. Welches Resultat hat die Evaluation des Englisch-Lehrmittels auf der Primarstufe gegeben? Wie sieht der Regierungsrat die Option, dass die einzelnen Schulgemeinden das Englisch-Lehrbuch selber bestimmen können, analog dem Kanton Zürich?

Aufgrund des Positionspapiers der Lehrerinnen und Lehrer ergeben sich weitere Fragen:

4. Bei der Einführung von zwei Fremdsprachen auf der Primarstufe wurde von der EDK hervorgehoben, dass gerade Kinder mit ungünstigen Lernvoraussetzungen vom frühen Sprachengebrauch profitieren würden. Die Praxis zeigt heute jedoch, dass lernschwache Kinder überfordert sind. Oft drohen Dispensationen oder Lernzielbefreiung. Wie sieht die Situation im Kanton Zug aus? Welche Klassengrösse ermöglicht einen Fremdsprachenunterricht, der den individuellen Bedürfnissen der Kinder entspricht?
5. Vor der Einführung von zwei Fremdsprachen auf Primarstufe betonte die DBK, dass der Unterricht spielerisch gestaltet werde und nicht relevant für den Übertritt sei. Die Praxis im Kanton Zug zeigt, dass Fremdsprachen benotet werden und Leistung vor spielerischem Lernen Vorrang hat. Zudem steht das reine Lernen von Wörtern im Vordergrund, weniger die Konversation. Mit dem Sprachenkonzept der Erziehungs-Direktoren-Konferenz EDK (Begegnung mit Sprache und Kultur, unbefangenes Sprechen) hat dies gemäss LCH nichts mehr zu tun. Wie begründet dies der Regierungsrat in Bezug auf das Sprachenkonzept der EDK?
6. Der LCH schreibt von unterrichteten Erstsprachen bei mehrsprachigen Kindern und fordert, dass dies mit Absprache der Eltern in den Zeugnissen vermerkt werden soll. Gerade im Wirtschafts-Kanton Zug könnte dies durchaus Sinn machen. Gibt es bereits Bestrebungen dazu, was meint der Regierungsrat zu diesem Vorschlag?
7. Schüler und Schülerinnen auf der Sek- Stufe 1 profitieren am meisten, wenn sie ihren gelernten Fremdsprachenschatz in der betreffenden Sprachregion üben können. Der LCH schlägt in einer Forderung mehrwöchige Austauschprogramme vor. Wie stellt sich der Regierungsrat zu dieser Forderung, sind bereits Bestrebungen im Gang?
8. Was hält der Regierungsrat von der Forderung, die zweite Fremdsprache als Wahlpflichtfach, im Sinne des LCH, einzuführen?
9. Was meint der Regierungsrat ganz generell zum Positionspapier des Dachverbandes der Schweizer Lehrerinnen und Lehrer?

Anhang: Positionspapier